



Bestellpreiser Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 16 Sgr. — Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Heftschrift 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Ausserdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

43. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (14. Februar.)

11 Uhr. Am Ministertisch mehrere Commissarien. Die zweite Beratung des Etats der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen wird zu Ende geführt. Zu Titel XII. (Chausseebauten) bemerkt Abg. Witt (Posen); Es ist mir auffallend, daß für Chausseebauten in der Provinz Posen in diesem Jahre nichts ange-

setzt, auch in früheren Jahren so wenig bewilligt worden ist. Von 1863 bis 1866 ist hierfür nichts bewilligt, 1867 nur 2875 Thlr., 1868 und 1869 nichts, 1870 2000 Thlr. Jetzt kommen auf die Provinzen Preußen 370, Brandenburg 192, Pommern 180, Schlesien 285, auf Posen nur 93 Meilen Staatschasse. Ich bitte die Regierung in Zukunft doch auch für die Provinz Posen etwas mehr zu sorgen. (Beifall).

Regierungscommissar Mac Lean: Bei Verteilung der Chausseebauten wird nur nach dem Bedürfnis der Provinzen gesehen, von irgend welcher Bevorzugung ist nicht die Rede. Seit lange sind überhaupt nur wenig Chausseebauten auf Staatskosten gebaut, sondern die Kommunen und Kreise haben diese Bauten ausgeführt, höchstens mit einiger Unterstützung aus der Staatskasse. Die Provinz Posen besitzt ein ziemlich ausreichendes Netz von Chausseebauten, die allerdings meist durch die eigene Thätigkeit der Kreise zu Stande gekommen sind. Im Etat ist eine erhebliche Summe zu Prämien für Chausseebauten reserviert, und davon wird die Provinz Posen auch in diesem Jahre ihren Anteil erhalten.

Zu Kapitel IX. (Hafenbauten) beantragt die Budgetcommission: „Die Positionen zu Bauten im Jagdgebiet und zwar erste Rate der Ausgaben zur Anlage einer Wasserleitung von Felbhagen bei Artum nach Wilhelmshaven, insbesondere zu den Vorarbeiten 11,000 Thlr.; erste Rate der Ausgaben für die Ausbaggerung und Vergrößerung des Liegehafens für die Handelschiffe incl. einer Schleufe (Gesamtkosten ca. 180,000 Thlr.) 24,000 Thaler; erste Rate der Ausgaben für Haupt-Reparaturen und Erweiterung der Chausseen und Klinterstraßen (Gesamtkosten ca. 91,720 Thlr.) 58,800 Thaler; Anlage einer Straße von Neupeppenz nach dem Kirchhofe bei Altheppenz 11,200 Thlr. zu streichen.

Berichterstatter Richter: Die Regierung hat diese Position damit motiviert, daß in Folge der Ueberweisung der bisher von der königl. Marinebehörde geführten Verwaltung des Jagdgebietes an die betreffenden Ressorts und bei Mangel ausreichender Gemeindemittel die Staatsbauverwaltung dem Aufwande für die nicht speciell Marinezwecken dienenden baulichen Anlagen, die das Jagdgebiet erfordert, sich nicht entziehen könne. Die Budgetcommission konnte in diesem Motiv keine Rechtfertigung finden und meint, daß in dieser Position die preussische Civilverwaltung als solche nicht interessiert sei, da sie speciellen Marinezwecken nicht dienen könne. Es handelt sich hier um eine unculivirte Gegend, die weder in gewerblicher noch kommunaler Beziehung eine Zukunft hat. Ich bitte das Haus, diesen Posten zu streichen.

Regierungscommissar Mac Lean: Die preussische Regierung muß die Verpflichtungen erfüllen, die sie von der früheren Marineverwaltung, welche die in Rede stehenden Einrichtungen geschaffen, übernommen hat. Diese Ausgaben sind allerdings eigentlich nicht vom Staat, sondern von den Communalverbänden zu leisten, so lange aber eine geordnete Communalverwaltung im Ort Wilhelmshaven nicht existirt, müssen sie vom Staate getragen werden. Ich bitte Sie, den Commissionsantrag abzulehnen. Nachdem noch der Abg. Glaser den Commissionsantrag empfohlen, zumal da noch gestern die Regierung jeden Staatszuschuß für den Hafenbau zu Lebzeiten verweigert habe, wird der Commissionsantrag auf Streichung dieser Position fast einstimmig angenommen. (Für die Bewilligung nur die Abgg. Kerit und Müller — Berlin.)

Zu dem Capitel: Technische Lehranstalten, Tit. 1: Gewerbe-Akademie zu Berlin, bemerkt Abg. Dr. Löwe: Ich muß meinen Wunsch auf Errichtung eines Lehrstuhls für öffentliche Gesundheitspflege dringender erneuern. Die Industrie, zumal die Großindustrie erweitert sich von Jahr zu Jahr, und in Folge davon entstehen immer Uebelstände für die dabei beschäftigten Arbeiter, denen abgeholfen werden muß. Nur der Mangel an Kenntniß, nicht hoher Egoismus oder fittliche Gleichgültigkeit gegen die Gesundheit der Arbeiter führt häufig solche gesundheitsgefährlichen Zustände herbei. Dazu kommt, daß die öffentliche Gesundheitspflege immer mehr als eine Hauptaufgabe unseres ganzen Staatslebens anerkannt wird. In Nachen ist solcher Lehrstuhl an der polytechnischen Schule mit wohlthätigstem Erfolge vorhanden. Möge die Regierung für künftigen Gegenstand sich warm empfohlen sein lassen.

Regierungscommissar Geh. Rath Moser: Die Regierung ist dem Vordränger für seine Anregung dankbar, doch stehen der Ausführung dieses Wunsches für Berlin Schwierigkeiten entgegen, die nicht leicht zu bewältigen sind. Es besteht kein Bedürfnis, und ich bedaure, daß die Auffassung, als ob die jungen Leute freiwillig solche Collegien zu hören bereit seien, nicht richtig ist. Auch ist es sehr schwer, geeignete Lehrkräfte gegen eine bloße Remuneration von Seiten des Staates zu beschaffen. Doch werden wir bemüht sein, die Sache vorwärts zu bringen.

Abg. Jacobi: Nicht bloß in Nachen, sondern auch in München und vor allem in Wien sind Lehrstühle für Anthropologie und Gesundheitspflege mit Einschluß von Nahrungsmittelehre, chirurgischen Hilfsmitteln u. s. w. an den polytechnischen Anstalten errichtet und wirken äußerst segensreich. An Anhang bei den Studirenden würde es nicht fehlen, schon deshalb nicht, weil unsere Gesetzgebung und die Gewerbeordnung die Industriellen gewissermaßen zwingt, auf Schutz für Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter bedacht zu sein. Eine Kenntniß dieser Schutzmittel thut aber nicht bloß den Studirenden in solchen Anstalten noth, sondern vor allen Dingen auch den öffentlichen Verwaltungsbehörden, denn auch in diesen Kreisen ist in der Beziehung geradezu ein privilegium ignorantiae vorhanden. (Sehr gut! Beifall.)

Regierungscommissar Moser: An gutem Willen fehlt es der Regierung nicht, aber an geeigneten Lehrkräften, die gegen Remuneration zu gewinnen sind. In einigen der genannten Städte, z. B. in Nachen, übernehmen Aerzte der Stadt diesen Unterricht; wir würden solche freiwillige Uebernahme in Berlin gewiß willkommen heißen.

Zu der Position: Gewährung von Zuschüssen für technische Lehranstalten, die nicht ausschließlich Staatsanstalten sind, beantragt die Budgetcommission: „Die königliche Staatsregierung aufzufordern, die Titel 11, Capitel 70 verausgabenden Summen für die gewerblichen Fortbildungsschulen in den Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Nassau von dem Etat des Handelsministeriums auf den Etat des Cultusministeriums zu bringen und die für die Unterstützung obligatorischer gewerblicher Fortbildungsschulen in der ganzen Monarchie erforderlichen Summen in den Etat für das Jahr 1874 einzustellen.“

Nachdem der Berichterstatter und der Abgeordnete Mi quel diesen Antrag empfohlen, stellt Abg. Jacobi den Antrag, das Wort „obligatorisch“ zu streichen, da der Zwang für junge Leute, die der Kindheit entwachsen, ihm nicht geeignet scheint.

bitten auf das dringendste um Wiedereinführung des obligatorischen Charakters derselben.

Der Antrag Jacobi auf Streichung des Wortes „obligatorisch“ wird darauf verworfen (dasür das Centrum, die Polen und der Antragsteller), der Antrag der Commission angenommen.

Inzwischen sind bis gegen 1 1/2 Uhr die Minister Camphausen, Graf Jzepski, Graf Roon und Dr. Falk in das Haus eingetreten, das schon längst von dem Gerüchte erfüllt ist, es werde heute eine durch den kaiserlichen Antrag hervorgerufene Allerhöchste Botenschaft zur Verlesung kommen. In der That unterbricht der Präsident die Staatsberatung alsbald an geeigneter Stelle und unter gespanntester Aufmerksamkeit der Versammlung erhält das Wort der

Ministerpräsident Graf von Roon: Ich bin beauftragt mit der Ueberreichung einer königlichen Botenschaft, die ich mich hiermit zu verlesen beehre: (Das Haus erhebt sich.)

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen u. Nachdem bei den jüngsten parlamentarischen Verhandlungen die bei Ertheilung von Eisenbahnconcessionen zur Anwendung gebrachten Verwaltungsgrundzüge angegriffen und die Mängel gerügt worden sind, welche sich bei Ausnutzung ertheilter Concessionen herausgestellt haben, haben Wir beschlossen, eine Specialuntersuchungs-Commission einzusetzen, um nach Maßgabe der durch ihre Ermittlungen gewonnenen Resultate übersehen zu können:

1) Ob und in wie weit die einschlägigen Gesetze und die geltenden Verwaltungsnormen die Erfüllung der bei Ertheilung von Eisenbahn-Concessionen beabsichtigten Zwecke zu sichern und das Publikum gegen Täuschungen und Beeinträchtigungen zu schützen geeignet sind.

2) Welche Änderungen der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis erforderlich sind, um vorhandenen Uebelständen und Mißbräuchen thunlichst abzuhelfen.

Es ist Unser Wille, daß die Ermittlung der bezüglichen Thatsachen mit der größten Sorgfalt geschehe und die Beurtheilung der Verhältnisse und Personen ernst und unparteiisch sei. Die genannte Special-Commission wird unter dem Vorsitz des Präsidenten der Seehandlung, Günther, aus zwei von Uns zu ernennenden Justiz- und zwei Verwaltungsbeamten zu bestehen haben, und laden Wir die beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie ein, auch ihrerseits je zwei Mitglieder zu ernennen, um an den Arbeiten der unzugänglich einzusetzenden Commission theilzunehmen.

Wir behalten Uns vor, der Landesvertretung seiner Zeit die bezüglichen Commissionsberichte zugehen zu lassen. — Gegeben Berlin, 14. Februar 1873. Wilhelm.

Gegegenzeichnet von sämmtlichen Mitgliedern des Staatsministeriums: Roon, Bismarck, Jzepski, Culenburg, Falk, Leonhardt, Camphausen, Ramede, Königsmarck.

Ich bitte die Allerhöchste Botenschaft auf den Tisch des Hauses zu legen. Präsident v. Jordanberg: Ich werde mir erlauben, am Schluß der heutigen Sitzung eine Aenanderung des Hauses für morgen vorzuschlagen und werde mir ferner erlauben, als ersten Gegenstand der Tagesordnung vorzuschlagen, und zwar in Verbindung mit dem bereits vorliegenden Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungs-Commission aus dem Hause, den Beschluß des Hauses in Veranlassung der eingebrachten Allerhöchsten Botenschaft.

Das Haus erledigt darauf den Rest seiner Tagesordnung mit großer Schnelligkeit. Ohne erhebliche Debatte wird die zweite Beratung des Etats der Baubewirtschaftung geschlossen und die Gesetzentwürfe, betreffend die Cautio-

nen der Staatsbeamten und betreffend die Theilung der Kreise Sternberg und Weitzen werden in dritter Beratung genehmigt. Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungs-Commission über die Frage, ob das Mandat der Abgeordneten Krug von Nidda und Perlius durch die Erneuerung des Ersteren zum Wirklichen Geheimen Rath und des Letzteren zum Geheimen Oberregierungs Rath im Ministerium des Innern erloschen sei? Referent Wächler (Breslau) beantragt das Mandat des Abg. Krug v. Nidda für fortwährend zu erachten, da die demselben zu Theil gewordene Rangenhöhung nur als eine Titelverlebung zu betrachten sei, dagegen das des Abg. Perlius für erloschen zu erklären, da er von einem Rath 3. Klasse zu einem solchen 2. Klasse geworden sei und also eine wirkliche Rangenhöhung erfahren habe. Dagegen machen die Abgeordneten Schmidt (Sagan) und Engelken darauf aufmerksam, daß beide Fälle völlig gleich lägen; die Mandate seien entweder beide gültig oder beide nichtig, nach ihrer Ansicht das erstere. Das Haus tritt dem bei, indem es den ersten Theil des Commissionsantrags annimmt, dem zweiten verweigert.

Schließlich erklärt das Haus, dem Antrage der vierten Abtheilung gemäß die Wahl des Abgeordneten Oetler im 13. kaiserlichen Wahlbezirk wegen verschiedener bei der Wahl der Wahlmänner vorgekommenen Unregelmäßigkeiten für ungültig.

Schluß 2 1/2 Uhr; nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Berathung und Beschlußfassung über die königliche Botenschaft in Verbindung mit dem kaiserlichen Antrag; Petitionen).

Berlin, 14. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Bergolber und Spiegel-Fabrikanten J. B. Weimar zu Wiesbaden das Prädicat eines königlichen Hof-Bergolders verliehen. — Der Consistorialrath Hermann Otto Kleebahn zu Steinfurt ist zum Superintendenten der Land-Diöcese Steinfurt ernannt worden.

Das 5. Stück des Reichs-Gesetzblattes enthält unter Nr. 908 die Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Neben zum Verspflanzen. Vom 11. Februar 1873.

Berlin, 14. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute militärische Meldungen in Gegenwart des Commandanten und demnachst den Vortrag des Polizeipräsidenten entgegen, empfangen von Feldmarschall Herwarth von Bittenfeld, und später den Minister des königlichen Hauses, Freiherrn von Schleinitz. (Reichsanz.)

○ Berlin, 14. Februar. [Durch die königliche Botenschaft] finden sich die hier seit mehreren Tagen bereits gegebenen Andeutungen vollkommen bestätigt und sind alle die besonders auswärtigen Blättern zugegangenen Nachrichten, daß die Regierung eine Mitwirkung des Landtages zurückweise, widerlegt. Die Untersuchung soll sich nicht nur auf die in den jüngsten Verhandlungen vorgebrachten Thatsachen, sondern auch auf die etwaigen Anzulänglichkeiten der Gesetzgebung beziehen. Es darf hinzugefügt werden, daß bei dieser Entscheidung die sehr energische Stellung Sr. Maj. von großer Bedeutung und Wirkung gewesen ist. Der König soll es als eine Regentenpflicht betrachten, der öffentlichen Meinung in Bezug auf die vielbesprochenen Angelegenheiten und die angelegten Fragen volle Genugthuung zu gewähren und zwar zunächst dadurch, daß die Regierung von ihrem festen Entschluß Kenntniß giebt, unter Mitwirkung des Landtages für die Reinheit des Beamtenhums und die öffentliche Moral einzutreten. Nächst dem Ministerpräsidenten soll auch Graf Jzepski eine möglichst umfassende Untersuchung gewünscht haben. Er betrachtet es mit Recht als eine Ehrensache, auch nicht mit dem Schein einer Beeinträchtigung seiner amtlichen Unbescholtenheit aus dem Wirkungskreise zu scheiden, welchen er bis jetzt inne gehabt hat.

— Berlin, 14. Februar. [Die königliche Botenschaft. — Der König bei dem Empfang der Cadetten.] Die königliche Botenschaft, welche der Ministerpräsident heute dem Abgeordnetenhaus vorlas, trägt das Datum des heutigen Tages. Wir hatten gestern an dieser Stelle bereits angedeutet, daß die Regierung eine Erklärung an das Abgeordnetenhaus vorbereite, welche die Diskussion über den Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungs-Commission abzukürzen geeignet sei. Das ist jetzt geschehen. In Regierungskreisen meint man, es liege in der königl. Botenschaft ein Zugeständniß der vorhandenen Lücken sowohl in der Gesetzgebung als in der Verwaltung bezüglich des Eisen-

bahnwesens und die vorgeschlagene Commission werde wirksamer, als die von Lasker nach § 82 der V.-U. beabsichtigte, die gewünschte Abhilfe schaffen können. Es lag in der Absicht, die Botenschaft unmittelbar der morgenden Debatte vorausgehen zu lassen, man wollte jedoch dem Hause vorher Zeit gönnen, seinerseits Beschlüsse über das weitere Schicksal des Antrages Lasker zu fassen. Wir können hinzufügen, daß die Wahl des Vorsitzenden der Commission, welche schließlich auf dem Präsidenten der Seehandlung, Geh. Rath Günther fiel, Gegenstand vielfacher und umfangreicher Erwägungen war und daß der schließliche Ausgang derselben wohl erst heute erfolgt sein möchte; gestern wenigstens war eine Menge anderer Namen und in erster Reihe der eines sehr hoch gestellten Beamten des Justizministeriums in Aussicht genommen. — Die rechte Seite des Abgeordnetenhauses ist einstimmig der Ansicht, daß der kaiserliche Antrag durch die Königsbotenschaft erledigt sei; auch auf der Linken glaubt man, daß, da der Zweck, den Lasker beabsichtigt, durch den Vorschlag der Regierung erreicht wird, Lasker selbst zu einer Zurücknahme seines Antrags bewegen werden möchte. Es wird sich fragen, in wie weit sich die Fortschrittspartei diesem Antrage anschließt, das ultramontane Centrum ist wegen seines Antrages jetzt in nicht geringer Verlegenheit, denn in Bezug auf die von dieser Fraction gewünschte concrete Bezeichnung derjenigen Punkte, auf welche die Untersuchung hinzulenken, läßt die Botenschaft an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Seit Abend treten sämmtliche Fractionen bezüglich der morgen zu fassenden Beschlüsse in Berathung. An eine Aenderung im Ressort des Handelsministeriums darf vor Ueberwindung der Arbeiten der einuberufenen Untersuchungs-Commission schwerlich gedacht werden. Ob gegen den Geh. Ober-Regierungsrath Wagner auf dem Disciplinarwege vorgegangen wird, ist gleichfalls nicht abzusehen. — Nachträglich wird bekannt, daß die Vorstellung derjenigen Cadetten, welche zu Stern zur Armee abgehen, bei Sr. Majestät den Kaiser am 7. d. M. von einer eindrucksvollen Rede des Kaisers an die Cadetten begleitet war. Der Kaiser empfing die jungen Leute, welche von ihren Hauptleuten geführt wurden, in dem runden Saale seines Palais. Er trug die Uniform des Cadetten-Corps und war von dem General-Inspector des Militär-Erziehungswesens General von Rheinbaben begleitet. An die Begrüßung der Cadetten knüpfte der Kaiser eine Betrachtung über deren künftigen Beruf als Offiziere; er betonte, wie gerade in der heutigen Zeit, welche nach äußeren Gütern, nach Geld und Reichthum jage, der Offizier die Ehre als sein höchstes Gut hoch halten müsse, und wie schließlich die jungen Leute auf das leuchtende Vorbild ihrer im letzten Kriege gefallenen Kameraden zur Nachahmung hin.

— Berlin, 14. Febr. [Eindruck der Botenschaft des Königs. — Die Abgeordneten über die beiden Untersuchungs-Commissionen.] Die in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Ministerpräsidenten Grafen Roon verlesene Botenschaft des Königs hat innerhalb und außerhalb der Volksvertretung eine außerordentliche Sensation erregt. In den der Regierung nahe stehenden Kreisen hat man jedoch diesen Ausgang mit einiger Bestimmtheit vorausgesagt und wir haben an dieser Stelle bereits angedeutet, daß eine Regierungs-Commission zur Untersuchung der Thatsachen unter Zuziehung von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses im Werke sei. Der Eindruck der Botenschaft auf die Majorität des Abgeordnetenhauses war ein offenbar günstiger. Die Freunde des Abg. Lasker finden es dankenswerth, daß die Regierung ihr entgegenkommen in dieser Form betätigt. Unter den obwaltenden Verhältnissen und bei der bekannten Abneigung des Königs gegen wirkliche oder scheinbare Eingriffe der Volksvertretung in die Prätogative der Krone müsse man den Entschluß loben, dem Antrage Laskers so weit entgegen zu kommen, als es eben geschehen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die beiden ersten Altheas der königlichen Botenschaft beinahe wörtlich dem kaiserlichen Antrage entnommen sind. Die Wahl einer Untersuchungs-Commission, welche zur Hälfte aus Mitgliedern des Landtages und zur andern aus den von der Regierung ernannten Beamten besteht, müsse um so mehr anerkannt werden, als aus den Verhandlungen des Ministerrathes transpirirte, daß anfänglich die Absicht vorlag, den kaiserlichen Antrag rüth abzukürzen. Folge dieser Ablehnung wäre die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungs-Commission gewesen, welche ohne Mithülfe der Regierung in der Luft geschwebt hätte. In den heute staufindenden Fraktions-Versammlungen des Abgeordnetenhauses werden die verschiedenen Parteien Stellung zu dem Vorschlage der Regierung nehmen. Seitens der liberalen Mitglieder sind gewisse Bedenken nicht verhehlt worden, welche sich an dem immerhin glücklichen Coup knüpfen, der nach übereinstimmenden Mittheilungen das Werk des Fürsten Bismarck ist. Der § 82 der Verfassung, sagt man, sei in dieser Weise umgangen und ein Präcedenz ohne eine Verfassungsänderung geschaffen worden, das mit den Prätogativen der Volksvertretung nicht in Uebereinstimmung zu bringen ist. Man empfiehlt, eine Adresse an den König zu richten, in welcher den Wünschen des Abgeordnetenhauses nach Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungs-Commission mit Hinzuziehung von Regierungs-Commissaren ein ehrsüchtiger Ausdruck gegeben werden soll. Die Bitte wird dadurch gerechtfertigt, daß in der vorgeschlagenen Commission nur zwei Mitglieder des Abgeordnetenhauses Platz finden sollen. Erklärend wird hinzugefügt, daß von diesen zwei Mitgliedern in einer Untersuchungscommission, deren politischer Charakter nicht geleugnet werden kann, dem parlamentarischen Usus folgend, einer der Rechten und einer der Linken des Hauses angehören muß. Selbst den Fall angenommen, daß der Abgeordnete Lasker — trotzdem er bisher als Ankläger fungirte — in die Commission gewählt wird, sind die liberalen Parteien des Abgeordnetenhauses nur durch ein Commissionsmitglied vertreten; die Regierung zählt deren jedoch sieben in den Personen ihrer vier Beamten, der zwei Herrenhausmitglieder und des Präsidenten der Commission. Es darf nicht Wunder nehmen, wenn nach dem ersten Eindrucke unter den Landboten sich hie und da die Meinung kundgab, daß es der Regierung unbenommen bleibe, eine ihr genehme Commission zur Untersuchung der Thatsachen zu ernennen. Aber ebenso könne das Abgeordnetenhaus, auf sein verfassungsmäßiges Recht fußend, den kaiserlichen Antrag annehmen. Es wurde zwar von conserwativer Seite die Hoffnung ausgesprochen, daß der Abgeordnete Lasker seinen Antrag zu Gunsten des Regierungsvorschlages zurückziehen werde, aber soweit unsere Informationen reichen, kann dies bis zur Stunde nicht mit Sicherheit behauptet werden. In den heutigen Fraktionsversammlungen wird man sich, wie gesagt darüber, und wahrscheinlich über einen Compromiß schlüssig machen.

Berlin, 14. Februar. [Die königliche Botschaft.] Der telegr. gemeldete Artikel der „N. Z.“ lautet wörtlich wie folgt: Durch den Inhalt der heute im Abgeordnetenhaus verlesenen königlichen Botschaft hat die Staatsregierung dem kaiserlichen Antrage und dem Hause selbst das Prävenire gespielt. Man hat sich daran zu halten: die Einsetzung der in der Botschaft angeforderten Untersuchungscommission ist unzweifelhaft und kann als Thatsache genommen werden, und die beiden Häuser des Landtags werden die Aufforderung nicht von sich weisen können, in diese Commission je zwei Mitglieder zu wählen. Wir haben den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses nicht vorzugreifen und sprechen (wie immer) auch nicht einmal im Namen einer einzelnen Fraktion, aber es scheint uns, als ob durch die Botschaft den kaiserlichen Anträgen der Boden entzogen ist und ihre Annahme, sowie eine auf Grund ihrer gewählte Commission keine Aussicht auf einen dem aufzuwendenden Apparat entsprechenden Erfolg haben würde. Wenn die durch die Botschaft niedergesetzte Commission ihre Sache ernst nimmt, so dürfte sie im Großen und Ganzen auch das erreichen, was die kaiserlichen Anträge bezwecken; in einzelnen Beziehungen wird ihre Wirksamkeit vielleicht eingengter sein im Vergleich zu einer rein parlamentarischen Commission; in anderen Hinsichten dagegen kann sie vielleicht mit besserem Erfolge arbeiten als diese. Vorausgesetzt ist dabei freilich, daß an eines Königs Wort nicht zu deuten versucht wird, daß die vorzunehmenden Untersuchungen rückwärtslos geschehen, „ernst und unparteiisch“, wie die Botschaft sich ausdrückt. Wir haben in diesem Augenblick keinen Grund, an dem Willen der Staatsregierung hierzu zu zweifeln und wollen hoffen, daß durch Auswahl der Personen und Gestaltung der Geschäftsleitung dieser Commission dieses Vertrauen nicht getrübt wird.

Rageburg, 14. Februar. [Das Herzogthum Lauenburg] hat in dem Proceß, den der dortige Fiskus gegen die Krone Preußens in Betreff der Uebernahme des lauenburgischen Antheils an der dänischen Staatsschuld angestrengt hat, ein obgleichliches Urtheil erstritten.

Hamburg, 13. Februar. [Die schlesw.-holst. Waffen.] In der bekannten, aus dem Jahre 1863 datirenden Proceßsache, welche die Auslieferung der bei Ferdinand Jacobson deponirt gewesenen und von der preussischen Regierung mit Beschlag belegten Waffen betrifft, die von dem schleswig-holsteinischen Comite damals angeschafft worden waren, hat die erste Kammer des hiesigen Handelsgerichts heute gegen den Beklagten Ferdinand Jacobson eventuell das preussische Kriegsministerium auf Herausgabe der fraglichen Waffen erkannt. Kläger ist eine von den Zeichnern der 1863er freiwilligen schleswig-holsteinischen Anleihe niedergesetzte Commission und ist deren Legitimation zur Sache vom ersten Richter als erbracht angesehen worden.

Aus Baden, 12. Febr. [Die Abkündigung.] Die Liberalen in Konstanz erklären sich mit dem Resultat der vorgestrichenen Abstimmung sehr zufrieden. Es votirten 653 Personen gegen das Unsehbarkeitsdogma. Für dasselbe wurden 2 Stimmen abgegeben, eine ungültig. Seine Ziffer dürfte allerdings der vielen Familienväter wegen, die sich unter den Abstimmenden befinden, wohl mehr als 2000 Seelen repräsentiren und das Verlangen um Ueberweisung zweier Kirchen, das nun an die Regierung gestellt werden soll, recht fertigen. Die Ultramontanen heucheln auch Sieg, werden sich aber schon dadurch in ihren Illusionen mäßigen dürfen, als der ganze Vorgang in Konstanz an sich bedeutungsvoll genug ist, und es ihm gewiß nicht an Nachfolge fehlen wird. Wenn die Altkatholiken jene Zahl für „unerwartet günstig“ erklären, so geschieht es mit dem Bewerten, daß bei einer etwaigen Gegenprobe die Unsehbarkeitspartei unter den etwa 1500 über 21 Jahr alten Katholiken kaum 150 zusammenbringen würde. Auch ist wohl nicht im Mindesten zu bezweifeln, daß jene Zahl der Abstimmenden den Kern der Konstanz Katholiken in jeder Beziehung repräsentirt. Wenn die Ultramontanen den „Kern“ für sich beanspruchen und von der „gehobenen freudigen Stimmung guter Katholiken“ sprechen, so ist dies nicht bloß eine Albernheit, sondern eine offenbare Lüge. Neuerer Subel war für diese Gelegenheit von vornherein nicht beabsichtigt; er ist auf die, wie man hofft, nicht ferne Zeit verschoben, wo im alten ehrwürdigen Münster der erste altkatholische Gottesdienst gefeiert werden wird. Die Abstimmungszettel lauteten: „Ueberbringer dieses, Angehöriger der Münster- (Stefans-, Spital-) Pfarrei, erklärt hiermit, daß er das neue Dogma der päpstlichen Unsehbarkeit nicht als katholische Lehre anerkennt.“ (N. Z.)

Defterreich.

Wien, 13. Febr. [Prinz Adalbert von Preußen] besuchte heute den Grafen Andrássy.

Schweiz.

Bern, 12. Febr. [Zu den kirchlichen Wirren.] Der Bundesrath hielt heute Morgen eine außerordentliche Sitzung, deren Besatzungsgegenstand geheim gehalten wurde. Muthmaßlich handelte es sich um die Schlußnahmen betreffend den Genfer Bischofsconflict, welche der Bundesrath dem Staatsrath des Cantons Genf für diese Woche versprochen hat. Was den bei den Ständen Solothurn, Bern, Nidgaw, Thurgau und Baselland vom Bischofe Lachat gegen seine Amtseinführung erhobenen Protest anlangt, so haben wir denselben auszugswise schon mitgetheilt. Ruhiger und würdiger als dieses in sehr leidenschaftlich aufgeregtem Tone gehaltene Aktensstück ist das Memorial des Doncapitels, mittels welchem dasselbe den Bischöfen anstand die Ernennung eines Bischofsverweisers ad interim verweigert. Wie man neuerdings vernimmt, soll dasselbe überhaupt nicht gesonnen sein, mit Herrn Lachat durch Dick und Dünn zu gehen. So hat dasselbe unter Anderem sein Verlangen, seinen Sitzungen, in welchen die ihn betreffenden Fragen zur Beratung kommen, beizuwohnen, sofort auf das Bestimmteste abgeschlagen. Letzten Sonntag fand in Solothurn eine zahlreich besuchte Versammlung statt, welche nochmals den Beschluß faßte, der Regierung im Kampfe gegen die Annahmen des römischen Clerus mit allen Kräften zur Seite zu stehen. — Gestern trat in Rheinfelden die katholische Synode in Sachen des Bischofsconflicts zusammen, und heute versammelt sich daselbst das Capitel zum gleichen Zwecke.

Italien.

Rom, 9. Febr. [Die Klostergesetz-Commission] hat, wie man der „N. Z.“ schreibt, auch gestern noch keinen Beschluß gefaßt, indem die Herren Pianelli und Messedaglia abermals sich nicht zur Sitzung eingefunden hatten; sie sind telegraphisch aufgefordert worden, ihre Rückkehr nach Rom zu beschleunigen.

[In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer] forderte Villa Aufklärungen über die Expedition des Capitans Nachia nach Borneo; er fragte an, ob die beiden dorthin entsendeten Schiffe Befehl erhalten hätten, von einer gewissen Verlichkeit Besitz zu ergreifen, und ob die Regierung an die schweren Folgen gedacht hätte, die aus einer solchen Handlung hervorgehen könnten. — Der Marineminister Riboty erklärte, daß die Expedition des Capitans Nachia keinen andern Zweck habe, als den im erfreulichen Wachsthum begriffenen italienischen Handel in jenen Gegenden zu unterstützen. Capitán Nachia habe keinen Befehl zur Besitzergreifung irgend welchen Ortes auf Borneo erhalten. Villa war durch diese Antwort befriedigt, behielt sich indeßen vor, die Minister des Innern und der Justiz über die Frage der Sträfungscolonien zu interpelliren; das Ge-

rucht, daß eine Occupation beabsichtigt werde, sei entstanden, weil man wisse, daß an Bord des „Governolo“ sich eine große Menge von Ausrüstungsgegenständen befindet. Es wurde darauf die Generaldebatte über den Marine-Etat eröffnet. — Perrone fand die Ausgaben Italiens für seine Marine nicht der maritimen Bedeutung des geestigten Italiens entsprechend und forderte die Regierung auf, im definitiven Etat größere Summen für Marinezwecke zu verlangen; seitdem man zu Defterreich in freundschaftlichen Beziehungen stehe, sei die Fürsorge für das Heer minder wichtig als die für die Flotte; Redner verlangt Modifikationen des Gesetzes über die Aushebungen zur Kriegsmarine. Bosselli sprach über die Schiffbauindustrie Italiens; dieselbe verfolge über alles erforderliche Material und leide nur Mangel an Unternehmungsgest; nach Aeußerung einer großen Zahl von Wünschen schloß Redner mit Einbringung einer Resolution, welche die Regierung zur Ergreifung von Maßregeln Behufs Hebung des italienischen Schiffbauwesens aufforderte. Salemi sprach über die Bedeutung der Seefischerei für Italien und forderte die Regierung auf, die Innehaltung der Fischereireordnungen besser zu überwachen; D'Alte stellte Betrachtungen über das Verhältniß der Handels- zur Kriegsmarine an, worauf die Debatte verlagert wurde.

[Ueber die Stellung der Parteien in der italienischen Kammer] macht der hiesige Correspondent des „Corriere Mercantile“ von Genua interessante Bemerkungen. Nachdem er festgestellt, daß die Rechte sich zerlegt, Viele von der Linken in das Centrum hinüberzürücken und daß namentlich Rattazzi sich unter diesem Anhang findet, spricht er seine Meinung dahin aus, daß die Verhandlungen über die Unterdrückung der religiösen Körperschaften keine Ministerkrisis herbeiführen werden, weil Keiner von Allen, die Minister werden wollen, diese Erbschaft antreten will. Man wird daher durch Nachgiebigkeit von beiden Seiten über diesen heißen Punkt hinwegzukommen suchen. Hernach aber geht der Krieg um die Ministerposten los, und das gegenwärtige Ministerium hat deshalb in richtiger Erkenntnis der Sachlage die Verhandlungen über die geistlichen Orden so lange wie möglich hingezogen, weil es wußte, daß es bis zur Entscheidung dieser Frage geborgen war. Die Rechte gewährt einen traurigen Anblick in ihrer Zerfahrenheit, und man braucht nur die „Opinione“ zu lesen, welche in ihren Artikeln über den betreffenden Gesetz-Entwurf schon mehrere Male die Meinung gewechselt hat, um zu erkennen, daß sie alle Richtung verloren hat. Dem Ausschuss zur Prüfung und Berichterstattung über den geistlichen Orden betreffenden Gesetzentwurf geht es gerade so, auch er hat den Compaß verloren und lavirt auf gut Glück zwischen den Artikeln herum, will den zweiten verwerfen, ohne zu wissen, was er an seine Stelle setzen soll. Unter diesen Umständen hat die Gruppe, die sich im Centrum mit den Ueberläufern von der Linken zu bilden anfängt, gute Aussichten auf Erfolg und hier sehen wir Rattazzi in voller Thätigkeit, wie er die gemäßigten Elemente der Linken mit dem Centrum zu verbinden sucht. So kann der von ihm gegründete Progressivclub von Bedeutung werden. Die Blätter der Rechten bemerken zwar mit Recht, daß sein Programm nichts bietet, als was alle guten Patrioten schon lange erstreben, aber gerade deswegen wird es um so leichter sein, Propaganda zu machen, namentlich bei der Geschicklichkeit, welche Rattazzi besitzt, nicht allein Anhänger zu sammeln, sondern sie auch bei der Fahne festzuhalten. Der undisciplinirten und undisciplinirbaren Mitglieder der Linken müde, will er mit den gemäßigten Mitgliedern der Linken und des Centrums eine starke Partei bilden, für welche er auch Sella zu gewinnen hofft, und so ein Ministerium Sella-Rattazzi bilden, was eben nicht unwahrscheinlicher klingt, als das Ministerium Lanza-Sella seiner Zeit.

Frankreich.

Paris, 12. Februar. [Zur Fufion] schreibt man der „N. Z.“ von hier: Vor einigen Tagen theilten wir mit, daß Graf v. Chambord auf keine ernstliche Unterhandlungen mit den Prinzen von Orleans eingehen werde, wenn diese die Titel, die sie 1830 verdankten, nicht ablegen. Die „Republique Francaise“ meldet nun, wie folgt: „Henri de Bourbon (Graf von Chambord) verlangt, daß die Enkel und die Söhne Ludwig Philipp's, die im Juli 1830 von ihrem Vater und Großvater begangene Urapapation öffentlich bereuen. Hier ein neuer Beweis dieses Anspruchs. Man erzählt, daß Henri de Bourbon, seit er sich in Wien aufhielt, sein Geständnis ausgesprochen hat, daß der Graf von Paris fortfährt, einen Titel zu tragen, der ihm als muthmaßlichem Erben eines Thrones, welcher gegen den legitimen Thron errichtet worden sei, und einer Krone gegeben wurde, die man vom Straßenplaster aufgerafft habe. Für den Grafen von Chambord giebt es keinen Grafen von Paris, sondern einen Herzog von Orleans, Dauphin von Frankreich (dies ist ein Irrthum der „Republique Francaise“ da den Titel Dauphin nur der älteste Sohn des regierenden Königs von Frankreich führen darf), Better des Königs, Königl. Hohheit — so sind die einzigen Titel, welche der Graf von Chambord dem Oberhaupt der Familie Orleans anerkennen kann. Der Älteste dieser Familie muß sich, dem monarchischen Recht zufolge, Herzog von Orleans nennen, und dieser Titel muß nach seinem Tode auf den Ältesten der Familie vererben. Dies ist aber heute nicht geschehen. In dem Hause Orleans giebt es wohl einen Herzog, aber es ist der jüngste Sohn des Grafen von Paris. Da sein Vater aber nicht todt ist, so müßte sich dieses Kind Herzog von Chartres nennen, welchen Titel heute der Bruder des Grafen von Paris trägt. Diese Unregelmäßigkeiten will der Graf von Chambord nicht dulden.“ Daß der „homme-principe“ den Prinzen von Orleans solche demüthigende Forderungen stellt, ist begreiflich, da die Orleans und ihre Anhänger ja offen eingestehen, daß sie ohne die Legitimisten und die Clericalen nichts machen können. Ein Mitglied der Familie Orleans hat sich übrigens bereits dem Grafen von Chambord unterworfen, nämlich die Prinzessin Clementine, Tochter von Ludwig Philipp und Gemahlin des Prinzen von Sachsen-Coburg und Gotha. Als dieselbe in Wien bei dem Grafen von Chambord speiste, soll sie sich diesem gegenüber für die Nothwendigkeit ausgesprochen haben, daß ihre Brüder und Nefen sich dem „Roy“ unterwerfen. Diese Haltung der Prinzessin Clementine, die morgen in Paris eintrifft, ist in so fern von Wichtigkeit, als sie einen großen Einfluß auf ihre Familie ausübt. Ein Theil der Royalisten scheint es übrigens sehr eilig mit dem Zustandekommen der Fufion zu haben. Sie wollen, daß dieselbe eine vollendete Thatsache sei, ehe es zur Discussion über den Entwurf der Dreißiger-Commission kommt, um, falls Thiers unterliegt und zurücktritt, sofort mit ihrem „Roy“ und seinen Prinzen hervortreten zu können. Die „Assemblée Nationale“, eines der heißblütigsten Organe der Royalisten, äußert: „Am Tage vor der Discussion über die Proposition der Dreißiger zeigen sich die Mitglieder der National-Versammlung sehr besorgt wegen der Haltung, welche die Prinzen von Orleans einnehmen werden. Im Lande ist man deshalb auch in Unruhe. Alle unsere Briefe aus der Provinz besorgen, daß die öffentliche Meinung voll Ungeduld ist, aus dem Provisorium herauszutreten. Die Idee der Republik verliert den Boden. In Paris selbst betrachtet man, und dies sogar in den Arbeiterkreisen, die Republik als unmöglich und schädlich für die Interessen, welche die Monarchie allein befriedigen kann. Am Tage, wo die Monarchie proclamirt wird, wird die Krone um 10 Franken steigen. Die National-Versammlung muß, wenn sie die Discussion über die Entwürfe der Dreißiger-Commission

beginnt, sich mit dieser allgemeinen Stimmung durchbringen, welche wir bezeichnen, und darin die nothwendige Festigkeit schöpfen, um die Intrigue des Herrn Thiers zu durchkreuzen und energische Entschlüsse zu fassen.“

[Gürtelbahn.] Seit einigen Tagen ist bei der Präfectur der Seine, so wie bei den Unter-Präfecturen von Seaux und St. Denis eine Untersuchung eröffnet über das oft erwähnte Project einer großen Gürtelbahn, welche 114 Stationen um Paris, wie alle Eisenbahnlinien unter einander in directe Verbindung setzen soll. Dieses Netz würde in vier Sectionen zerfallen: die erste von Versailles nach Pontoise, die zweite von Pontoise nach Nohy-le-Sec, die dritte von Nohy-le-Sec nach Ablon und die vierte von Ablon nach Versailles. Die Gesamtkosten dieses großartigen Unternehmens werden auf 49 Millionen veranschlagt. Die Fortifications-Commission hat sich für dieses Project ausgesprochen.

[Akademisches.] Die „Liberté“ meldet, daß die Bildung einer medicinischen Facultät in Nantes durch die Regierung jetzt fest beschlossen sei.

Amerika.

Chicago, 26. Januar. [Der Farmertag in Bloomington. — Zur Transport- und Eisenbahnfrage. — Eine neue Pfländerung des Bundesstaates. — Harter Winter.] Die ungewöhnlich niedrigen Preise des Getreides und der übrigen Farmprodukte haben — so schreibt man der „N. Z.“ — auch die Farmer zur selbstständigen politischen Agitation und Organisation aufgeregt. In Bloomington fand letzte Woche ein mehrere Tage dauernder Farmertag statt, welcher von allen Theilen des großen Prairiestaates (Illinois) besücht war, und dessen Bedeutung schon aus dem Umstande erhellt, daß auf seinen Wunsch ein Farmer zum Eisenbahn-Commissär vom Gouverneur bestellt werden wird. Das Institut dieser Commissäre — es sind ihrer drei — besteht erst seit einigen Jahren, ebenso lange wie die neue Eisenbahngesetzgebung, welche dem Volke und speciell den Farmern oder Landleuten Abhilfe von den Bedrückungen der Eisenbahnen verschaffen will. Es sind namentlich die hohen Frachtarife, durch welche die Eisenbarone unter geschicklichen Formen die Producenten ebenso auszubeuten, wie die Eisenbarone des Mittelalters die nach den Messen ziehenden Kaufleute. Die (in den Händen von Privatgesellschaften befindlichen) Eisenbahnen stützen sich der neuen sie bedrohenden Gesetzgebung gegenüber auf ihre „verbotenen Rechte“ (vested rights), auf ihre Freibriefe, in welchen ihnen die Feststellung der Fahr- und Frachtpreise allerdings überlassen wurde, und verschanzten sich hinter der berühmten Klausel der Bundesverfassung, nach welcher kein Gesetz erlassen werden darf, das bestehende Contracte verlegt. Sie behaupten, daß ihre Freibriefe solche Contracte seien, und daß dieselben nicht ohne Zustimmung beider contrahirenden Theile (der Eisenbahnen und des Staats) abgeändert werden dürfen, noch können. Dieser Standpunkt wird in der That von vielen Juristen unterstützt und die schließliche Entscheidung des Oberbundesgerichts, an welches die Eisenbahnen — schon um Zeit zu gewinnen — appelliren werden, ist keineswegs mit Sicherheit voraussehbar. Die bis jetzt von den Staatsgerichten abgegebenen Entscheidungen sind theilweise für, theilweise gegen die Rechtsgültigkeit der neuen Gesetze ausgefallen. Eins dieser Gesetze bestimmt den Fahrpreis per Meile, ein anderes verbietet den Eisenbahnen, in ihren Frachtarifen Unterschiede zum Nachtheile gewisser Stationen zu machen. Bis jetzt haben sich jedoch die Bahnverwaltungen an diese Gesetze wenig geteilt und die Gesetzgebung wird sie stärker beschwören müssen, um sie von hinter dem Ofen herauszutreiben. Man beabsichtigt von Staatswegen zu bestimmen, über welche Frachtsätze die Bahnen in keinem Falle hinausgehen sollen, man will die Maximalsätze festsetzen. Ferner soll ein Gesetz erlassen werden, nach welchem die Benutzung der Eisenbahnen — als öffentlicher Hochstraßen — auch anderen Parteien als den Bahneigentümern gestattet sein soll, natürlich gegen Bezahlung einer entsprechenden Entschädigung für solche Benutzung an diese Eigentümer. Statt selbst den Betrieb von Bahnen zu übernehmen, würde der Staat anderen Leuten den Betrieb ganz oder theilweise übergeben, falls die alte Bahnverwaltung den Gesetzen nachzukommen sich hartnäckig weigern und dadurch ihres Freibriefes verlustig gehen sollte. Ob der Staat ein Recht hat, wegen Ungehorsams gegen Gesetze von (bis jetzt) zweifelhafter Gültigkeit den Freibrief für verfallen zu erklären und die Bahn in Beschlag zu nehmen, ist freilich eine Frage, die erst von den Gerichten entschieden werden muß, und bis dahin ist das fragliche Gesetz mehr eine Drohung als ein wirkliches Abhülsmittel.

Ein rasches und sichereres würde die Erweiterung der vorhandenen und die Anlagen neuer Wasserwege zwischen dem Westen und der atlantischen Küste sein. Dahin gehört die Erbauung eines Schiffkanals um den Niagarafall herum, die Erweiterung des Welland-Kanals und die bessere Schiffarmachung des Lorenzstroms. Die kanadische Regierung ist zur Ausführung einer der beiden letzten Pläne erbötig, und Montreal könnte schließlich der Stadt Newyork in Bezug auf das Ein- und Ausfuhrgeschäft des Westens mit Europa bedeutende Concurrenz machen. Sicher ist, daß die bestehenden Transportmittel, — zu Lande wie zu Wasser — zur Beförderung der Getreidemassen nach dem Osten schon seit Jahren nicht mehr hinreichen und daß die Eisenbahnen dies Mißverhältniß benutzten haben, um für die Beförderung eines Bushels Maiskörn von Iowa nach Newyork den Preis von 4 — 5 Busheln zu erpressen, d. h. während das Bushel in Iowa 18 Cent, kostet es in Newyork 66 — 75 Cent oder noch mehr. Der Farmer erhält kaum seine Auslagen bezahlt, er kann seine Schulden nicht abtragen, die Kaufleute warten vergeblich auf ihr Geld, und es dauert nicht lange, so ist die allgemeine Krise da, während die Eisenbahnen entweder Dividende erklären, oder was öfter der Fall ist, das erpreßte Geld in den Taschen ihrer Directoren à la Fisk und Gould verschwinden sehen. Die Transport- und Eisenbahnfrage ist daher gerade jetzt zu einer Messer- und Gabelfrage in eminentem Sinne geworden, und da bei der Länge der durch viele Staaten laufenden Bahnen die Gesetzgebung eines einzelnen Staates nur eines der Häupter der Hydra treffen kann, rufen bereits Stimmen die Hilfe der National-Vertretung an, obgleich deren Competenz bestritten wird. Gewiß ist, daß von der Befugnis, „den Handel zwischen den Einzelstaaten zu reguliren“ (die Bundesverfassung verleiht diese Befugnis und hatte damals natürlich nur die Flüsse im Sinne) bis jetzt der Congreß noch keine Anwendung auf Eisenbahnen gemacht hat. (Eine Bundesverfassung gibt es bis jetzt nicht, die auf die Union und die anderen Pacific-Eisenbahnen bezüglichen Gesetze wurden zu einer Zeit erlassen, wo die betreffenden Landstrecken noch Bundesgebiet waren, also noch unter der unmittelbaren Controlle des Congresses standen) Früher oder später wird es jedoch zu einer allgemeinen Eisenbahngesetzgebung kommen müssen, und wenn eine Abänderung der Bundesverfassung zu dem Ende nöthig werden sollte.

Während das Volk sich über die Entschlüssen, den Bau der Union-Pacific-Bahn mittelst Credit Mobilier betreffend, sowie über die durch offenbare Bestechung erwählten Senatoren für Kansas und Süd-Carolina hinter den Ohren kratzt, wird ein neuer und großartiger Betrag vorbereitet, nämlich die Rückzahlung von 70 Millionen für ausgeführte Baumwolle vom Süden bezahlte Steuern. Ein Ausfuhrzoll von 2

Telegraphische Witterungsberichte vom 14. Februar.

Table with columns: Ort, Bar., Therm., Abwech., Wind- und Stärke, Allgemeine Himmels-Ansicht. Includes stations like 8) Caparanda, 7) Petersburg, 7) Riga, etc.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Table with columns: Februar 14. 15., Nachm. 2 U., Abds. 10 U., Morg. 6 U. Includes data for Luftdruck, Luftwärme, Dunstdruck, etc.

Breslau, 15. Febr. [Wasserstand.] D.-P. 14 F. 4 Z. U.-P. — F. 2 Z. Gistand.

Berlin, 14. Febr. Das heutige Geschäft trug einen wenig festen Charakter und war nicht nur der Verkehr auf den meisten Gebieten ein sehr geringer, sondern es ließen auch fast durchgehends die Course etwas nach. Eine Ausnahme hiervon machten nur die Bergwerks- und Hütten-Actien, die bis auf wenige Werthe sehr feste umgekehrt wurden.

Berlin, 13. Februar. Versicherungs-Gesellschaften.

Table with columns: Name der Gesellschaft, 1871, 1872, Bilanz, Zinsstermin, Der Cours beruht sich, Cours. Lists various insurance companies like Aachen-Münchener Feuer-Vers.-G., etc.

Cent per Pfund wurde nämlich als eine Art Kriegsgeld während dreier Jahre erhoben und die Rückzahlung der 70 Millionen wird jetzt auf Grund vorgelegter Verfassungswidrigkeit der Auflage verlangt.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 15. Februar. [Die Ergebenheits-Adressen] des schlesischen Clerus an den Herrn Fürstbischof von Breslau dürften, nach einem Bericht des ultramontanen Kirchenblattes, in nächster Woche ihren Abschluß erreichen.

Breslau, 14. Februar. [Handwerkerverein.] Gestern Abend hielt Herr Dr. Herda einen anziehenden Vortrag über die Handwerker in Griechenland und Rom. — Aus der Frageantwortung erwähnen wir nur, daß Herr Lindner nochmals an das Preussische anatomische Museum erinnert und unsere neuliche Mitteilung dahin berichtete, daß den Herren der Eintritt nicht nur Sonntag Abend, sondern alltäglich, außer Dinstag und Freitag, die den Damen vorbehalten sind, freistehe.

J. P. Aus dem Riesengebirge, 13. Februar. [Verschiedenes.] Bereits im August d. J. theilte ich Ihnen mit, daß von Warmbrunn aus die Gründung einer „Bade- und Reisezeitung“ vorbereitet würde, die von April d. J. ab entweder dort oder in einem anderen großen Badeorte, vielleicht auch in Verbindung mit einem schon bestehenden größeren Gebirgsblatte erscheinen und sämtliche Bäder und klimatischen Curorte Schlesiens vertreten sollte.

Reise, 14. Februar. [Quid novi ex — Roma? Beiseitegebrachtes Denkmal.] Das kaiserdostliche Spiegelbild des provinziellen Lebens wird in Ihrer Zeitung immer mannigfaltiger — aus unserm Reife aber ist dabei selten ein Strahl zu schauen. Und doch ist Reife nicht allein eine alterthümliche Stadt, deren einstige Bischofsstufen, Ort der Zusammenkunft Friedrichs II. mit Josef II., und, um einen Sprung zu machen, in jüngeren Tagen Reichens, so wir nicht irren, des jetzigen Mitropolitens-Führers Vicentiat Buchmann, eines getreuen und schwerfälligen Kämpfers der kath. Kirche gegen den Protestantismus; ferner die Stätte des denkwürdigen Lageres der „freiwilligen Magyaren-Regiment“ von 1866 — und was sonst zu erzählen wäre. Nein, Reife ist auch in der allerneuesten Gegenwart nicht uninteressant; j. B. dadurch, daß es noch immer duldet, daß man das Denkmal Friedrichs v. Sallet, demselben öffentlich an offener Stelle gesetzt, an eine Hof- und Hinterhausfacade beiseitegebracht hat, wie einstens und schlimmer noch dem Denkmal Karls v. Rotteck zu Freiburg i. B. auch geschähen. Uns wundert, daß der bei der Stiftung theilhabende Abgeordnete Dr. Baur, obwohl er öffentlich in einem Journale aufgefordert worden, noch nicht von Reichswegen Namens des Denkmal-Comitès eingeschritten ist. Und wie verhält sich das „schlesische Rom“ — alter Beiname Reifes — in dem jetzigen Kampfe des Reichs gegen Rom? Nun, ganz leidlich, so weit es auf der Oberfläche zu merken. Natürlicher sucht jeder deutsche Mann — gut wahr's, wenn auch jede deutsche Frau es thäte! — nach besten Kräften das Reich gegen seinen alten Erbfeind zu unterstützen. Das „Reifer Sonntag-Luft“ hält sich darin recht wacker, wofür es selbstverständlich auch durch die Dr. Klauer ultramontanen Drakel schon fest bescheidet ward. Der hier lebende Dichter Hermann Neumann theilhaftig sich an diesem Kampfe in Versen und, wie wir glauben, bisweilen auch in Prosa. Ein Gedicht „Tros All dem!“ ist vielfach im Einzelverkauf begehrt worden.

Krapitz, 12. Febr. [Einführung. — Schule. — Kirchbau.] In der gestern abgehaltenen Stadtverordneten-Versammlung fand zunächst die Einführung der neu gewählten Stadtverordneten, sowie des von der Königl. Regierung nunmehr als Beigeordneter befristeten Rathmanns Herrn Kleiber statt. Alsdann gelangte zur Abstimmung der von dem hiesigen Schulens-Inspectorate ausgehende und von der Königl. Regierung trotz wiederholter Gegenvorstellungen gut gegebene Antrag der Anstellung eines fünften Lehrers bei der hiesigen katholischen Elementarschule. Die Versammlung beschloß mit 7 gegen 7 Stimmen die Vocation eines fünften Lehrers. Wie sehr wir auch eine Erleichterung für die Lehrer durch Arbeitsvertheilung beiführen, so müssen wir doch auf die von Jahr zu Jahr sich ungünstiger gestaltenden Dimensionen unseres Communalbedarfs Bedacht nehmen, zumal wir gänzlich von dem Genuß der Vortheile der bestehenden und bereits projectirten ober-schlesischen Eisenbahnen nicht nur ausgeschlossen sind, sondern nachgewiesenermaßen durch die zu bauende Mittelbahn eine jährliche Einbuße von ca. 1500 Thlr. an Fuhrgeld bei der hiesigen Pontonbrücke erleiden werden. Diese Erwägungen werden wohl auch maßgebend sein müssen für die Forderung der Königl. Regierung: hierorts ein neues, maßstabes Schulhaus in einem andern Stadttheile zu bauen, weil die Kinder auf einem kleinen Raume zusammengedrängt seien. Die Commune ist nicht im Stande, alle drei Jahrzehnte ein neues Schulhaus zu bauen, zumal das bestehende, durchaus maßstabes, ausreichende Räumlichkeiten besitzt. Das Vermögen der Einwohner wird überdies noch durch den projectirten Umbau des Thurmes und Daches der kath. Kirche in Anspruch genommen, der auf 5000 Thlr. veranschlagt ist. Von kompetenter Seite wird übrigens die Bemerkung verlauscht, daß es vielleicht zweckmäßiger wäre, diese Reparaturen wegen Dauligkeit und zeitweiser Unzulänglichkeit der alten Kirche ganz zu unterlassen, hingegen einen Kirchbauverein zu gründen und nach mehreren Jahren an den Bau einer neuen Kirche zu denken. In wie weit dieser Wunsch seine Berechtigung hat, überlassen wir dem Urtheile der Baukünstler.

H. Breslau, 14. Februar. [Minerba.] Nachdem ein nach § 42 des Statuts begründeter Antrag auf Liquidation der Gesellschaft eingebracht worden ist, war von dem Verwaltungsrathe eine außerordentliche Generalversammlung der Actionäre auf heute Nachmittag einberufen worden, um über diesen Antrag Beschluß zu fassen. Dieselbe fand im Hotel de Silesie statt und es waren auf ihr 2,679,600 Thlr. mit 13,398 Stimmen vertreten. Der stellvertretende Vorsitzende, Banquier M. Alexander, leitete die Verhandlungen und legte der Versammlung nach einigen einleitenden Worten folgenden Antrag des Verwaltungsrathes vor:

- Die Generalversammlung wolle beschließen:
1. Die Gesellschaft wird aufgelöst und tritt in die Liquidation ein.
2. Die statutarischen Befugnisse und Functionen des Verwaltungsrathes und der Revisoren und die Vollmacht des General-Directors sind erloschen.
3. Die Liquidation wird dem seitherigen General-Director, Regierungsrath a. D. August Frey als Liquidator übertragen.
4. Der genannte Liquidator hat alle nach dem Handelsgesetzbuch dem Vorstande einer Actien-Gesellschaft und den Liquidatoren derselben zustehenden Befugnisse und obliegenden Verpflichtungen. Er soll insbesondere auch befugt sein, Mobilien und Immobilien aus freier Hand zu veräußern, Aufstellungen vor den Grundbuchämtern zu erklären und alle gesetzlich erforderlichen Anmeldungen zum Handelsregister zu bewirken. In seiner Geschäftsführung ist der Liquidator der Gesellschaft gegenüber verpflichtet, den Instruktionen der unter Nr. 9 gedachten Aufsichtskommission Folge zu leisten.
5. Der Liquidator kann seine Befugnisse ganz oder theilweise auf Andere übertragen. Die Legitimation des Liquidators wird durch notarielle Ausfertigung des gegenwärtigen Generalversammlungs-Protokolls oder durch ein Attest des Handelsgerichts zu Breslau geführt.
6. Die Gesellschaft führt von jetzt ab die Firma: Minerba, Schlesische Hütten-, Forst- und Bergbau-Gesellschaft in Liquidation. Die rechtsgiltige Zeichnung der Firma erfolgt dadurch, daß der Liquidator seinen Namen unter dieselbe setzt.
7. Befuß der Vertheilung des Gesellschaftsvermögens unter die Actionäre sind alle Gegenstände deselben durch Veräußerung zu baarem Gelde zu machen. Die Vertheilung erfolgt successive unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften und jedesmal dann, wenn Baarmittel genug vorhanden sind, um allen Actionären mindestens 5 pCt. des Nominalwerthes ihrer Actien auszuzahlen. Eine Ausnahme hiervon macht die letzte Vertheilung, bei welcher der alsdann noch vorhandene Betrag zur Auszahlung gelangt.
8. Wenn so viel Baarmittel angesammelt sind, daß 5 pCt. des ursprünglichen Actien-capitalis von vier Millionen Thaler gezahlt werden können, so hat der Liquidator die Actionäre durch Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern aufzufordern, ihre Actien nebst Nummerliste behufs Abstempelung und Auszahlung des festgesetzten Procentfußes dem Vorstande einzureichen. Die Procenten der Actien haben über den empfangenen Gelddbetrag auf der Nummerliste zu quittieren und empfangen ihre Actien zurück, nachdem die erfolgte Capitals-Rückzahlung durch einen Stempel in rother oder blauer Farbe kenntlich gemacht ist.
9. Die Ueberwachung der Liquidation wird einer Aufsichtskommission übertragen, welche besteht aus: dem Grafen Johannes v. Renard zu Gr.-Strehlitz, dem Banquier Max Alexander zu Breslau, dem Banquier Julius Alexander zu Berlin, dem Deconomiarth Vieler zu Salsche, dem Bringen Carl zu Hohenlohe-Ingelheim zu Sulzbach.
10. Die Aufsichtskommission wählt aus ihren Mitgliedern einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter deselben und ordnet ihre Geschäftsführung selbst.
11. Die Remuneration des Liquidators, insoweit sie nicht von contractlichen Bestimmungen abhängt, wird von der Aufsichtskommission festgesetzt.
12. Eine ordentliche General-Versammlung findet nicht mehr statt; dagegen muß spätestens bis zum 13. Februar 1874 eine General-Versammlung der Actionäre einberufen werden, welche über Fortsetzung der Liquidation zu beschließen und event. Decharge zu erteilen hat.
Nachdem in der demnachst eröffneten Discussion ein von Consul Coblenz gemachtes Begehren bejaht worden ist, und sich zu demselben Niemand mehr das Wort erbitet, ernannt der Vorsitzende die Herren General-Director Rahmer und Director Härtel zu Scrutatoren. Bei der durch Stimmgittel über sämtliche Anträge en bloc erfolgten Abstimmung erklärten sich sämtliche Stimmen für die Anträge.
Hierauf giebt Regierungsrath Frey noch einige Mittheilungen über die gegenwärtige Lage der Gesellschaft, darnach bestehen die Activa 2582 Thlr., Hypotheken-Forderungen 37,831 Thlr., unfixirte Forderungen 2582 Thlr., Grundrente und Inventarien 1159 Thlr., diverse Debitoren 24,453 Thlr., Effecten 183,563 Thlr., Forderungen an Graf Renard 95,411 Thlr., Casse 3322 Thlr., zu 1,207,996 Thlr. Diesen Activis stehen gegenüber 123,996 Thlr. Passiva, so daß sich ein Netto-Vermögen von 1,083,328 Thlr. herausstellt, welches 27% des Actien-Capitals, auf welches im vorigen Jahre bereits 40% zurückgezahlt worden sind, repräsentirt.
Nach Verlesung des von Hrn. Rechtsanwalt Leonhard geführten Protokolls wurde die Generalversammlung geschlossen.
Breslauer Schlachtviehmarkt. Marktbericht der Woche vom 10. und 13. Februar. Der Auftrieb betrug: 1) 248 Stück Rindvieh (darunter 106 Ochsen, 142 Kühe. Man zahlte für 50 Kilogr. Fleischgewicht excl. Steuer Prima-Waare 16 — 16 1/2 Thlr. — II. Qualität 12 — 13 Thlr., geringere 9 — 10 Thlr. — 2) 862 Stück Schweine. Man zahlte für 50 Kilogr. Fleischgewicht beste feinste Waare 16 1/2 — 17 1/2 Thlr. und darüber, mittlere Waare 13 — 14 Thlr. — 3) 1153 Stück Schafvieh. Gezahlt wurde für 20 Kilogramm Fleischgewicht excl. Steuer Prima-Waare 5 1/2 — 6 1/2 Thlr. Geringste Qualität 2 1/2 — 3 Thlr. — 4) 407 Stück Kalber wurden mit 12 bis 14 Thlr. pro 50 Kilogr. Fleischgewicht excl. Steuer bezahlt.
Stettin, 14. Februar. [Stettiner Börsebericht.] Wetter: klare Luft. Temperatur + 2° R., Morgens — 3° R. Barometer 28 2/3". Wind: NW. — Weizen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50 — 63 Thlr. bez., besserer 64 — 75 Thlr. bez., feiner 76 — 83 Thlr. bez., pr. Februar 81 Thlr. nom., pr. Frühjahr 82 1/2, 83 Thlr. bez. u. Br., 82 1/2 Thlr. Gld., pr. Mai-Juni 82 1/2, 1/2 Thlr. bez. u. Br., pr. Juni-Juli 81 1/2 Thlr. Br., pr. Juli-August 80%, 1/2 Thlr. bez., 80% Thlr. Br. u. Gld., pr. September-October 76 1/2 Thlr. bez. — Roggen etwas matter, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50 — 54 Thlr. bez., feiner bis 55 Thlr. bez., pr. Februar-März 53 1/2 Thlr. nom., pr. Frühjahr 54, 53 1/2, 1/2 Thlr. bez., 54 Thlr. Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 53 1/2 Thlr. bez., pr. Juni-Juli dito, pr. September-October 52 1/2 Thlr. Br. u. Gld. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 50 — 57 1/2 Thlr. bez., pr. Frühjahr Schles. 55 1/2 Thlr. bez. — Hafer unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 38 — 44 Thlr. bez., pr. Frühjahr 44 1/2 Thlr. Br. — Erbsen still, pr. 2000 Pfd. loco 42 — 47 Thlr. bez., pr. Frühjahr Futterm. 47 Thlr. bez. — Wintererbsen fester, pr. 2000 Pfd. pr. September-October 100 1/2 Thlr. Gld. — Rüböl behauptet, pr. 200 Pfd. loco 22 1/2 Thlr. Br., pr. Februar u. Februar-März 22 Thlr. Br., pr. April-Mai 22 1/2, 1/2 Thlr. bez., Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 22 1/2 Thlr. Gld., 1/2 Thlr. Br., pr. September-October 23 1/2, 1/2 Thlr. bez. u. Br. — Spiritus unverändert, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 17 1/2, 1/2 Thlr. bez., pr. Februar-März 17 1/2 Thlr. nom., pr. Frühjahr 18 Thlr. bez., Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 18 1/2 Thlr. Gld., pr. Juni-Juli 18 1/2 Thlr. Gld., pr. September-October 18 1/2 Thlr. bez. u. Br., 18 1/2 Thlr. Gld. — Petroleum loco 6%, 1/2 Thlr. bez., pr. Februar 6 1/2 Thlr. Br., pr. März 6% Thlr. Br., pr. September-October 6% Thlr. Br., 6% Thlr. bez.
Angemeldet: 200 Str. Rüböl, 100 Faß Petroleum.
Regulirungspreise: Weizen 81, Roggen 53 1/2, Rüböl 22, Spiritus 17 1/2, Petroleum 6% Thlr.
[Allgemeine Illustrirte Weltausstellungs-Zeitung.] Unter den zahlreichen literarischen Erscheinungen, welche die bevorstehende Weltausstellung in's Leben gerufen hat, nimmt die „Allgemeine Illustrirte Weltausstellungs-Zeitung“ unstreitig den ersten Rang ein. Sie wird unter der Mitwirkung von hervorragenden Gelehrten, Volkswirten und Industriellen, welche größtentheils Mitglieder der Ausstellungs-Commissionen sind, herausgegeben, und enthält alle auf die Ausstellung bezüglichen Mittheilungen. Die Ausstattung des Blattes ist eine vorzügliche, die Illustrationen sind durchaus gelungen. Gegenwärtig erscheint die Zeitung wöchentlich einmal, später wird sie nach Bedarf zwei bis dreimal in der Woche ausgegeben werden. Es sollen im Laufe des Jahres 1873 gegen 100 Nummern erscheinen, welche aus etwa 300 Druckbogen mit wenigstens 1000 Illustrationen bestehen werden. Je 20 Nummern bilden einen Band, für welchen der Abonnementspreis auf 2 Thlr. 20 Sgr. festgesetzt ist. Da die Auflage des Blattes besonders während der Zeit der Ausstellung, eine colossale sein wird, so eignet es sich vorzugsweise für Inserationen. Indem wir das gemeinnützige Unternehmen bestens empfehlen, bemerken wir noch, daß Herr Dr. Ferdinand Springmühl in Breslau die Vertretung für Schlesiens übernommen hat.
München, 14. Februar. [Bayerische Ostbahn.] Die Generalversammlung der bayerischen Ostbahn hat, nach dem so eben veröffentlichten Resultat der Abstimmung, mit 24,000 gegen 8000 Stimmen den vom Verwaltungsrathe beantragten Bau der Linie Landau-Deggendorf-Eisenstein genehmigt.

Wien, 14. Februar. Wochenauweis der gesammten lombardischen Eisenbahn vom 29. Januar bis zum 4. Februar 1,020,658 Fl., gegen 936,469 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochenmehrernahme 84,189 Fl. Bisherige Mehrernahme vom 1. Januar 1873 ab 513,051 Fl.

Paris, 12. Februar. [Börse.] Die Börse hat sich noch nicht erholt; die Nachrichten aus Spanien trugen dazu bei, sie in schlechter Stimmung zu erhalten. Die Rente litt indes weniger darunter, als die Werte der verschiedenen Creditabstimmungen, die man in Spanien stark engagirt glaubt; so namentlich Banque de Paris, deren Actien über 23 Fr. verloren. Spanische Neufere schließt mit 24 1/2, 1/2 niedriger als gestern. Italiener büßten 30 Cent. ein. Desterreicher und Lombarden fest.

Londoner Colonialwaaren-Markt. Mittwoch, 12. Februar. Zucker fest, aber ruhig. — Kaffee ruhiger. — Thee und Reis ruhig. — Zute stetig. Metalle: Kupfer fest, Chili Pfd. Sterl. 88, Balaroo Pfd. Sterl. 94. — Zinn fest, Straits Pfd. Sterl. 144—145. — Zink stetig, Pfd. Sterl. 25.

Breslau, 15. Febr., 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war sehr ruhig, bei schwachen Umsätzen und unbedeutenden Preisen. Weizen wenig verändert, pr. 100 Kilogr. schlechster weißer 6 1/2 bis 8 1/2 Thlr., gelber 6 1/2—8 1/2 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen gut preisbehaltend, pr. 100 Kilogr. 5 1/2—6 1/2 Thlr., feinste Sorte 6 1/2 Thlr. bezahlt.

Erste feiner, pr. 100 Kilogr. 4 1/2—5 1/2 Thlr., weiße 5 1/2 bis 5 3/4 Thlr., Safer matter, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 bis 4 3/4 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 4 1/2—5 1/2 Thlr. Weizen ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. 4 1/2—4 3/4 Thlr. Lupinen gut beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 2 1/2—3 1/2 Thlr., blaue 2 1/2 bis 3 1/2 Thlr. Bohnen preisbehaltend, pr. 100 Kilogr. schlechteste 5 1/2—6 1/2 Thlr. Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5 1/2 Thlr. Delfsaaten gut behauptet. Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf. Schlagslein 8 — 8 15 — 9 — Winter-Mais 9 7 6 — 9 10 — 9 27 6 Winter-Mais 8 20 — 8 25 — 9 10 Sommer-Mais 8 15 — 8 20 — 9 10 Leinbotten 7 — 7 25 — 8 10

Kapstücken mehr beachtet, schlechteste 70—73 Sgr. pr. 50 Kilogr. Leinbotten offerirt, schlechteste 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr. Kleesaat unverändert, — rotte 13—16 1/2 Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 14—18—20 1/2 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 14. Febr. In der Club Sitzung der Verfassungstreuen erklärte anlässlich des Antrages Roser's auf Einführung der Börsensteuer der Finanzminister: Die Regierung sei mit der Frage beschäftigt, und werde nach Erwägung derselben nach allen Richtungen eine entsprechende Vorlage einbringen. Roser zieht hierauf seinen Antrag zurück. Der Minister des Innern Kasser erklärt: Die Vorlage der Wahlreform werde morgen eingebracht.

Paris, 14. Februar, Abends. Broglie trägt seinen Commissionsbericht erst Montag vor. Das „Journal de Paris“ dementirt die Nachricht von der Zeichnung von 20 Millionen für die spanische Agitation zu Gunsten Montpensier's. Lederrier ist glaubhaft Mittheilung zu Folge zum Direktor des Conservatoriums ernannt.

Rom, 13. Februar. Die Deputirtenkammer hat heute einen vom Deputirten Dina gestellten Antrag mit 134 gegen 128 Stimmen angenommen, nach welchem die gesetzlichen Bestimmungen über den Zwangscours von Papiergeld als ungenügend bezeichnet werden und das Ministerium aufgefordert wird, ein besonderes Gesetz über das Papiergeld vorzulegen. Der Finanzminister Sella hatte sein Einverständnis mit dem Antrage erklärt.

Rom, 13. Februar. Der König Victor Emanuel ist heute hier eingetroffen. Der Gemeinderath von Turin hat den Beschluß gefaßt, an den Herzog von Aosta nach Affabon ein Telegramm zu senden, um ihm die lebhafteste Theilnahme und tiefe Ehrerbietung auszudrücken, mit welcher die Bürgerschaft Turin's seiner Antunft entgegensteht. Nach einer der „Opinione“ aus Gibraltar zugegangenen telegraphischen Meldung hat der an der Spitze des englischen Mittelmeergeschwaders stehende Admiral mehrere Schiffe zum Empfang des Königs Amadeus nach Affabon abgeordnet.

London, 13. Februar. Unterhaus. Auf eine Anfrage Ventinck's giebt der Präsident des Handelsamtes, Fortescue, nähere Aufschlüsse über die verbesserte Methode, welche bei Anwendung der Schiffssignale eingeführt werden soll und spricht die Hoffnung aus, daß die anderen Nationen dieselbe adoptiren werden.

London, 14. Febr., Abends. Unterhaus. Ayrton hält die Unterhaltung eines Gesandten beim Papste für eine Beleidigung des italienischen Königs und Volks; er beantragt die Vorlegung der bezüglichen Documente. Newdegatte nennt dieselbe eine mit den freundlichen Gesinnungen Italiens zu England unverträgliche Anomalie. Einsehl erklärt den Posten für notwendig zur Information über die päpstlichen Beziehungen zu den Mächten des Auslands. Ayrton's Antrag wurde mit 116 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

London, 14. Febr. Der deutsche Botschafter am hiesigen Hofe, Graf Bernstorff, ist nicht unbedenklich erkrankt. Die Königin hat sich telegraphisch nach seinem Befinden erkundigen lassen.

London, 14. Febr. Von den königlichen Auswanderungscommissaren werden neuerdings die arbeitenden Klassen gegen die Auswanderung nach Paraguay gewarnt. Nach der „Morning Post“ beabsichtigt die Regierung einen Ausschuß niederzusetzen, welchem die Untersuchung wegen Benutzung von seeräuberischen Schiffen obliegen soll.

London, 14. Febr. Nach weiteren aus Panama eingetroffenen Nachrichten sind durch den Distan am 18. v. Mts. in Aspinwall besonders deutsche und französische Lagerhäuser stark beschädigt worden; auch sind mehrere Barkschiffe mit ihren Ladungen vernichtet.

Liverpool, 14. Febr. Der Dampfer „Cuzco“ ist mit 41,000 Pfd. Sterl. an Contanten aus Brasilien hier eingetroffen.

Madrid, 13. Februar. Die Antwortadresse der Nationalversammlung auf die königl. Botschaft schließt mit der Erklärung: Das spanische Volk könne bei der Befestigung der jetzigen Schwierigkeiten dem Könige die Krone nicht wieder anbieten, wohl aber die Bürgerwürde unter einem freien unabhängigen Volke. Die Nationalversammlung wählte heute Perales, Sorin und Gomez zu Vicepräsidenten. Martos, den Präsidentensitz einnehmend, hob die Nothwendigkeit hervor, die Ordnung zu erhalten, er hofft, die Nationalversammlung werde bei etwaiger Anarchie der Regierung die weitgehendsten Machtbefugnisse zugesenden. Die nächste Sitzung ist Freitag. In Barcelona wurde die Republik ebenfalls ausgerufen; die Truppen fraternisiren mit dem Volke. Aus Vittoria zeigte Moriones telegraphisch die Anerkennung der Republik an.

Lissabon, 14. Februar. Deputirtenkammer. Der oppositionelle Deputirte Silva erklärt, daß Angesichts der spanischen Ereignisse sich alle fest um die bestehende Gewalt schaaren und die Portugiesen den Parteihader schweigen lassen müssen. Der Consells-Präsident erwidert, die spanischen Vorgänge seien keine Gefahr für die Unabhängigkeit und die Ruhe Portugals; er dankt Silva für seine patriotischen Versicherungen. Die Pairskammer drückt gleiche Gefühle für den König und die Regierung aus.

Bukarest, 14. Febr. In der heutigen Kammer Sitzung legte der Handelsminister das Bergwerkgesetz vor. In Senat wird das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit beraten. — Die heutigen anhaltenden Schneefürne haben bedeutende Verkehrsstörungen herbeigeführt.

Berliner Börse vom 14. Februar 1873.

Table with columns: Wechsel-Course, Eisenbahn-Stamm-Aktion, Divid. pro 1871/1872, Zf., and various stock entries like Amsterdam 250 Fl., Berlin-Görlitz, etc.

Table with columns: Fonds und Gold-Course, Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktion, and various entries like Freiw. Staats-Anleihe, Staats-Anl. 4 1/2%, etc.

Table with columns: Ausländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and various entries like Ost. Silberrente, do. Papierrente, etc.

Table with columns: Bank- und Industrie-Papier, Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and various entries like Anglo-Deutsche Bank, Berliner Bank, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and various entries like Berg-Märk. Serie II, do. III v. St. 3 1/2%, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and various entries like Breslau-Freib. Litt. D., do. do. G., etc.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, Eisenbahn-Prioritäts-Aktion, and various entries like Oesterr.-Französische, do. do. neu, etc.

Table with columns: Telegraphische Course und Borsennachrichten, (Aus Wolff's Telegr.-Bureau.) and various entries like Paris, 14. Februar, Nachmittags 3 Uhr, etc.

Frankfurt a. M., 14. Februar, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95 1/2. Creditactien 360 1/2. 1860er Loose 97 1/2. Staatsbahn —. Franzosen 353 1/2. Galizier 245 1/2. Lombarden 206. Silberrente 68. Papierrente —. Bahnsche Effectenbank 133 1/2. Deutsch-Oester. Bank —. Provinzial —. Norddeutsche Bank —. Continental-Eisenbahnbank —. Bankactien 107 1/2. Rader —. Elisabethbahn —. Elbthalbahn —. Berliner Bankverein 158 1/2. deutsch-oester. Bank 125 1/2. Fest.

Hamburg, 14. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termin ruhig. Roggen loco leblos, auf Termin ruhig. Weizen pr. Februar 126 pfd. pr. 1000 Kilo netto 249 Br., 247 Bd., pr. April-Mai 126 pfd. pr. 1000 Kilo netto 246 Br., 245 Bd., pr. Mai-Juni 126 pfd. pr. 1000 Kilo netto 246 Br., 245 Bd., pr. Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 159 Br., 158 Bd., pr. Februar-März 1000 Kilo netto 159 Br., 158 Bd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 159 Br., 158 Bd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 159 Br., 158 Bd. — Hafer und Gerste leblos. — Rüböl still, loco 23 1/2, pr. Mai 23 1/2, pr. October pr. 200 Pfd. 73. — Spiritus ruhig, pr. 100 Liter 100 pfd. pr. Februar u. pr. Februar-März 45, pr. April-Mai 45 1/2. — Kaffee fest, aber ruhig, Umsatz 3000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 12 Br., 11 1/2 Bd., pr. Febr. 11 1/2 Bd., pr. August-December 18 1/2 Reichsmark. — Wetter: Schön.

Hamburg, 14. Febr., 8 Uhr 30 Min. [Abendbörse.] Credit-Actien 308, 50. 1860er Loose —. Franzosen 751. Lombarden 433. Italiener —. Norddeutsche Bank —. Anglo-Deutsche Bank 116. Amerikaner —. Silberrente 68 1/2 Cassa. Rheinische —. Köln-Mindener —. Laura 256 à 256, 50. Dortmund 181, 50. — Matt.

Liverpool, 14. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Aufschlagiger Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert, auf Lieferung höher. Tagesimport 7000 B., davon 5000 B. amerikanische. Liverpool, 14. Febr., Nachm. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. stetig. Mittel. Orleans 10 1/2, mittel amerikanische 9 1/2, fair Dholera 6 1/2, middl. fair Dholera 6 1/2, good middl. Dholera 6, middl. Dholera 5, fair Besgal 4 1/2, fair Broad 7, new fair Domes 7 1/2, good fair Domes 7 1/2, fair Madras 6 1/2, fair Fernam 10 1/2, fair Smyrna 8, fair Egyptian 10 1/2. Orleans nicht unter low middling Februar-März-Verschiffung 9 1/2 b.

Manchester, 14. Februar, Nachm. 12r Water Armatage 10, 12r Water Taylor 12, 20r Water Nicholls 13 1/2, 30r Water Bidlow 14 1/2, 30r Water Clayton 16, 40r Mule Mapoll 14 1/2, 40r Redio Wilkinson 16, 36r Warpcops Qualität Rowland 15 1/2, 40r Double Weston 17, 60r Double Weston 19, Printers 1 1/2, 2 1/2, 3 1/2 pfd. 135. — Mehr Geschäft, Preise sehr fest.

Petersburg, 14. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Schluss-Course.] Wechselcourse auf London 3 Monat 32 1/2, do. auf Hamburg 3 Monat 276 1/2, do. auf Amsterdam 3 Monat 164 1/2, do. auf Paris 3 Monat 348 1/2, 1864er Prämien-Anleihe (gest.) 152 1/2, 1866er Prämien-Anleihe (gest.) 154 1/2. Imperials 6, 01 1/2, Große Russische Eisenbahn 138 1/2, Intern. B. I. Em. 217 Bd., do. II. Em. 142 Bd. 143 Br.

Petersburg, 14. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Tala loco 48 1/2, pr. August 49 1/2. Weizen pr. Mai 14 1/2. Roggen pr. Mai 7, 25. Hafer pr. Mai-Juni 4, 00. Hafer pr. Juni —. Weizen (9 Rub) pr. Mai 13 1/2. — Wetter: Schön.

Köln, 14. Februar, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen matt, rheiniger loco 8, 15, fremder loco 8, 7 1/2, pr. März 8, 10 1/2, pr. Mai 8, 8, pr. Juli 8, 7, pr. Adbr. 7, 21. — Roggen still, loco 5, 15, pr. März 5, 4 1/2, pr. Mai 5, 8, pr. Juli 5, 10, pr. November 5, 10. Rüböl matt, loco 12 1/2, pr. Mai 12 1/2, pr. October 12 1/2.

Paris, 14. Febr., Nachmittags. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, er. Februar 97, 25, pr. März-April 96, 50, pr. Mai-August 95, 25, Wehl ruhig, pr. Febr. 70, 00, pr. März-April 70, 25, pr. Mai-Juni 70, 75. — Spiritus pr. Februar 52, 75. — Wetter: Schön.

London, 14. Februar Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 8640, Gerste 7800, Hafer 13,070 Otrts. Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schlepplendem Umsatz zu nominell unbedeutenden Preisen.

Liverpool, 14. Februar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen 1 D. höher, Wehl flau, Mais unverändert. Antwerpen, 14. Februar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen matt, Roggen ruhig, französischer 19. Hafer stetig, Gerste knapp, friessche 24.

Antwerpen, 14. Februar. [Petroleummarkt.] (Schlussbericht.) Raffinirtes Rype weiß, loco und pr. Febr. 44 1/2 bez. 45 Br., pr. März 44 bez. 44 1/2 Br., pr. Sept. 46 bez. 46 1/2 Br., pr. Sept.-Debr. 46 1/2 Br. — Fest. Amsterdam, 14. Februar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen höher, pr. Mai 354, pr. Octbr. 347. Roggen loco geschäftslos, pr. März 185 1/2, pr. Mai 190 1/2. Raps pr. Frühjahr 402, pr. Octbr. 405 Fl. Rüböl loco 42, pr. Mai 41 1/2, pr. Herbst 41 1/2.

Bremen, 14. Februar. Petroleum fester, Standard white loco 17 Mt. 80 Pf. à 18 Mt. bez. Berlin, 14. Februar. Weizen: Termine fast geschäftslos Gefündigt — Cnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 72—89 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., weisbunter poln. — Thlr. bez., pr. Februar 82 1/2 Thlr. Br., pr. Februar-März 82 1/2 Thlr. Br., März-April — Thlr. bez., April-Mai 81 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni 81 1/2 Thlr. bez., Juni-Juli 81 1/2—81 Thlr. bez., Juli-August 79 1/2 Thlr. bez., September-October — Thlr. bez., feiner gelber polnischer 83 1/2 Thlr. bez. auf Bahn bez. — Roggen loco sehr wenig Umsatz. Termine genossen heute wenig Beachtung und mußten deshalb Sagner sich in kleine Preisconcessionen fügen, schloß ziemlich fest. — Gefündigt — Cnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 55—59 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 55 1/2 Thlr. bez., inländischer 56—57 Thlr. auf Bahn bez., pr. Februar 55 1/2—1/4 Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 54 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni 54 1/2—1/4 Thlr. bez., Juni-Juli 54 1/2—1/4 Thlr. bez., Juli-August 53 1/2—1/4 Thlr. bez. — Rüböl flau und niedriger. — Gefündigt 200 Cnr. Kündigungspreis 22 Thlr. Loco 22 1/2 Thlr. — Spiritus loco etwas besser bezahlt, war auf Termine matt und eher billiger, loco ohne Faß 17 Thlr. 28 Sgr. bez., pr. Februar und Februar-März 18 Thlr. 5 Sgr. bez., März-April — Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 14—13 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 15 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Thlr. 23—22 Sgr. bez., Juli-August 18 Thlr. 28 Sgr. bez. Gefündigt 10,000 Liter. — Kündigungspreis 18 Thlr. 5 Sgr. — Wetter: milde.

Eine fast Brauerei mit guter Kundschaft in Nieber-Schlesien eingerichtet, verbunden mit herrschaftlichem Wohnhaus und feiner Restauration, toirt 15,000 Thlr. ohne Grund- und Kellermauern, ist für 18,000 Thlr. mit allem Inventar, unter günstigen Bedingungen, zu verkaufen. Anfragen sub Chiffre Nr. 3288 befördert die Annoncen-Expediton von Rudolf Mosse in Breslau, Schweidnitzerstraße 31. [2757]